

Obdachlose unerwünscht

Das UNO-Jahr der Obdachlosen wäre in Luxemburg sicher spurlos vorübergegangen, wenn nicht RTL und sein Starreporter Marc Thoma gewesen wären, um kurz vor Torschluß das Problem doch noch einmal ins Bewußtsein oder eher ins Gewissen der Mitbürger zu heben. Der folgende Beitrag geht von der RTL-Sendung am 26.12.1987 aus und verarbeitet gleichzeitig Informationen, die der Unterzeichnete zum Zweck eines Rundtischgesprächs der Regierung zum selben Thema (vgl. "forum" Nr. 100, S. 19f.) bei "Caritas"-Sozialhelfern u. a. gesammelt hatte.

Wie Maria und Joseph ...

... zogen am Sonntag vor Weihnachten zwei als Obdachlose verkleidete Schauspieler mit einer in Decken gewickelten Puppe auf dem Arm durchs Land und klopfen in Schwesternheimen, bei Bauersleuten, bei Politiker(inne)n an, um nach einem Verbleib für die kommende Nacht und etwas Milch für das Kind zu fragen. Unter ihren Kleidern hatten sie ein verstecktes Mikrofon – was zwar nicht ganz legal ist – und nach den ersten Gesprächen mit den Angebettelten kam dann der Reporter und stellte offen ein paar Fragen über die gezeigte Reaktion.

Der "forum"-Kommentar kann leider nicht den Originalton der Antworten und Reaktionen wiedergeben. Bei einigen Personen würde er genügen, um jemanden klarzumachen, was Kaltherzigkeit bedeutet. Die Reaktionen kann man in drei Gruppen einteilen:

a) jene, die absolut ablehnend kaum die Tür öffneten und höchstens über die Störung schimpften. Zu ihnen gehörten u. a. der DP-Stadtschöffe Jean-Paul Rippering, die Haushälterin in einem Pfarrhaus im Norden des Landes, eine Bauersfrau, an deren Hof ein Schild prangte "Zimmer zu vermieten", ein Bungalowbesitzer in Insborn, ein Bauer, der die drei nicht einmal in den Stall ließ, ein Bürgermeister, an dessen Gartentür schon das Betreten des Grundstücks strengstens untersagt wurde, die Nonne im Foyer St-Martin in Eich, in das Staatsminister Santer die Wohnungssuchenden voller Zuversicht geschickt hatte, u.a.m.

b) jene, die skeptisch nach dem Begehren fragten und dann versuchten, die Lösung des Problems auf andere zu schieben: die Nachbarn, das Gemeinderatsmitglied, den Bürgermeister, das Sozialamt, die Polizei, ... Sie waren höchstens bereit, Milch für das Kleinkind zuzubereiten. Vor allem Politiker zeichneten sich in dieser Gruppe aus: Kammerpräsident Léon Bollendorff, Staatsminister Jacques Santer, Staatssekretär Johnny Lahure, der z.B. an den Bettemberger Dechanten denkt, dann die Polizei herbeiruft, damit sie eine Unterkunft auftreibe, die drei aber vor verschlossener Tür stehen läßt.

c) jene, die die verkleidete UKW-Familie sofort ins Haus baten und ernsthaft eine Lösung des Problems ins Auge faßten, sei es, daß sie selbst ein Bett zur Verfügung stellten, sei es daß sie eine Unterkunft anderswo auf eigene Kosten besorgen wollten. Hierzu zählten die Schwestern im Altersheim von Redingen, ein Heiße-Würstchen-Verkäufer in Walferdingen, die Bettemberger Gemeindepoliti-

kerin Edmée Engel (LSAP), der frühere KPL-Stadtrat Zénon Bernard, die neugewählte GAP-Gemeinderätin Fabiana Bartolozzi.

Während die beiden ersten Gruppen etwa gleich groß waren, war letztere jedenfalls verschwindend klein. Daneben gab es auch noch Angesprochene, die sich ihrer Reaktion derart schämten, daß sie RTL das Recht verweigerten, ihr Interview zu veröffentlichen.

Natürlich wird man niemandem vorwerfen wollen, daß er keinen Platz zuhause hat, um zusätzlich drei Personen übernachten zu lassen. Man wird auch niemandem böse sein wollen, daß er skeptisch ist oder offen Angst hat vor Kriminellen oder gar Terroristen; gewisse Presseorgane verstehen es ja, diese Angst zu schüren, auch dann, wenn sie nicht begründet ist. Typischerweise wurde auch in eine RTL-Nachbereitungssendung am 9.1.1988 der Minister der Öffentlichen Macht eingeladen und das Thema Sicherheit diskutiert.

Vorurteile

Unglaublich wirkt solche Angst aber, wenn sie von erwachsenen Männern geäußert wird und wenn man im Hintergrund hört, daß noch andere Menschen im Haus sind, die jederzeit zu Hilfe eilen könnten, wenn der erste von den zweieinhalb Hilfesuchenden angegriffen würde. Zurecht wies die GAP-Gemeinderätin F. Bartolozzi in der Sendung vom 9.1.88 darauf hin, daß die wenigsten wohl Angst vor Kriminellen hatten – so sah das Paar mit Kind wirklich nicht aus – als vielmehr Angst vor Armen, Angst, sich persönlich mit der Armut von Mitmenschen auseinandersetzen zu müssen.

In der Tat gaben die meisten als Ursache ihrer Ablehnung an, sie seien nicht zuständig. Dazu sind in unserm Sozialstaat andere da. Selbstverständlich ist man hilfsbereit: man spendet gerne anonym auf ein Konto, aber dem Elend selbst ins Auge sehen, traut man sich nicht. Leider gibt es in unserm ach so dichten Sozialnetz aber Lücken, durch die einige Mitbürger, anscheinend immer mehr, hindurchrutschen. Sonntags und abends z. B. ist kein Sozialamt geöffnet, an das die klugen Politiker die drei weitervermitteln wollten.

Direkt peinlich waren aber die Versuche einer ganzen Reihe beschämter Gesprächspartner, sich im nachhinein vor dem offenen RTL-Mikrofon doch noch

ein besseres Mäntelchen umzuhängen, als sie vor dem versteckten Mikrophon gezeigt hatten. Es ekelte einen zuzuhören, wie so mancher beteuerte, er habe schon überlegt, ob er nicht doch noch ..., wenn sie noch ein bißchen insistiert hätten, wenn ... , wenn nicht der Reporter die Szene unterbrochen hätte.

Diesen Mangel an menschlicher Wärme und Respekt vor dem Mitmenschen, aber auch vor sich selbst, bei so vielen Mitbürgern, insbesondere auch bei in Wahlzeiten so leutseligen Politikern aufgedeckt zu haben, ist ohne Zweifel ein Hauptverdienst der Sendung von Marc Thoma. Der unverkennbare Ärger mehrerer Politiker, die an der zweiten Sendung am 9.1.88 teilnehmen durften, bestätigt, daß er richtig lag, auch wenn ihm gewisse Vorwürfe betreffend falsche Informationen über die Zuständigkeit der Polizei nicht völlig zu unrecht gemacht wurden.

Was folgt, sei keine direkte Kritik an der Weihnachtssendung. Aber es muß doch gesagt werden, daß RTL mal wieder beim Appell an die Nächstenliebe, an die individuelle Moral stehenblieb. J. Lahure sprach von einer Einteilung der Menschen in "gute" und "schlechte", je nachdem, ob die drei Obdachloshenden reingelassen wurden oder nicht. Ausdrücklich meinte Marc Thoma am 9.1.88, es sei ihm nicht um das soziale Auffangnetz in Luxemburg, sondern um die Reaktionen der Angesprochenen gegangen. Im kommentierenden Gespräch und in der zweiten Sendung stellte man denn auch die Frage nach den Ursachen, warum das Mißtrauen vieler Menschen so groß und ihre Mitmenschlichkeit so klein sei. Außer Z. Bernard warf aber keiner die Frage auf nach den Ursachen, warum die Zahl der Obdachlosen auch in unsern reichen Ländern zunimmt, was geändert werden müßte, damit dem Übel an der Wurzel abgeholfen werden kann.

Es besteht sogar die Gefahr, daß bei vielen Zuhörern das Vorurteil verstärkt wurde, daß Obdachlose "Strummerten" sind, obschon der männliche Schauspieler sich dagegen wehrte, als "louche" zu gelten, wie ein Krimineller ausgesehen zu haben, weil dann angeblich das Mißtrauen hätte als berechtigt erscheinen können. Der DP-Politiker J.-P. Rippenberger verstieg sich am 9.1.88 gar zu der Aussage: "Wann ee mat Stiwwele, an Jeans, mat enger Kap an enger Liederjackett schelle kennt, da léist een e net eran!" E. Engels warf Gott sei Dank ein, sie sei jahrelang so rumgelaufen und habe sicher nichts von einem Kriminellen an sich. Und Marc Thoma bestätigte, daß es nach Aussagen des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters in den letz-

ten Jahren vor Gericht keinen Fall gab, wo ein Pseudo-Bettler mit Gewalt den Angebettelten beraubt hätte.

Sicher ist der Griff zur Flasche bei vielen "Strummerten" ein Problem. Doch Alkoholismus ist eine Krankheit, die sich pflegen und heilen läßt. Die stereotype Assoziation "Obdachlos + Flasche = Strummert" hat nicht nur ein zähes Leben, sondern wird leider auch regelmäßig von Presseartikeln bestärkt (vgl. Fotos von Pol Aschman mit (sauhenden) "Clochards" auf der LW-Sonderseite zur "Caritas"-Kollekte (LW, 30.11.87), u.a.).

Dabei hätte die von "Caritas"-Sozialhelfern aufgelegte Ausstellung im "Cercle" (21.-25.10.87) ganz andere Anstöße vermitteln können, z.B. über die Lebens- und Übernachtungsbedingungen der Obdachlosen unter Brücken, in verlassenen Häusern, usw. Die Initiativen der "Vollékskichen/Nei Aarbecht" ("Comité National de Défense sociale") hätten auch Journalisten Artikel und Bilder über die von "Strummerten" geleistete Arbeit inspirieren können: Arbeiten auf dem Bauernhof, beim Einsammeln und Instandsetzen von Gebrauchsgegenständen, im Garten, in der Kleintierzüchtung, usw. Die Organisatoren der Ausstellung mußten allerdings resigniert feststellen, daß selbst die Politiker fernblieben. Anscheinend hatte es an einer Einladung zu Vernissage und Ehrenwein gefehlt!

1200 Wohnungssuchende

In der Tat sind beim staatlichen "Fonds du Logement" rund 1200 Familien eingetragen, die eine Wohnung suchen und auf dem freien Markt keine finden. Beim Wohnungsamt der Stadt Luxemburg sind über 1000 wohnungssuchende Familien gemeldet. Zur Zeit hat der "Fonds" aber nur knapp 400 Wohnungen im Bau oder in der Planung, die keineswegs alle morgen bezugsbereit sein werden. Und die Gemeindeverwaltung stellt z. T. alte Wohnungen zur Verfügung in Häusern, die sie bewußt zum Zweck des Abrisses aufgekauft hat, so daß solche Wohnungen auch häufig nur provisorisch sind. Ihre aktive Wohnungsbaupolitik beschränkt sich mehr oder weniger auf das viel zitierte Projekt "Béinchen" in Pfaffenthal. In andern Gemeinden des Landes (Schifflingen, Esch, ...) sieht das allerdings etwas besser aus. Während beim Fonds immerhin 2/3 der Wohnungen vermietet werden und 1/3 verkauft wird, wird bei den meisten Gemeinden bei sozialem Wohnungsbau ausschließlich an Eigentumswohnungen gedacht. Wohnungssuchende können aber normalerweise gar nicht an Hauskauf denken. Für sie sind



die normalen Mieten ja schon zu hoch, von den hohen Zinsen für Kaufkredite ist da nicht zu sprechen.

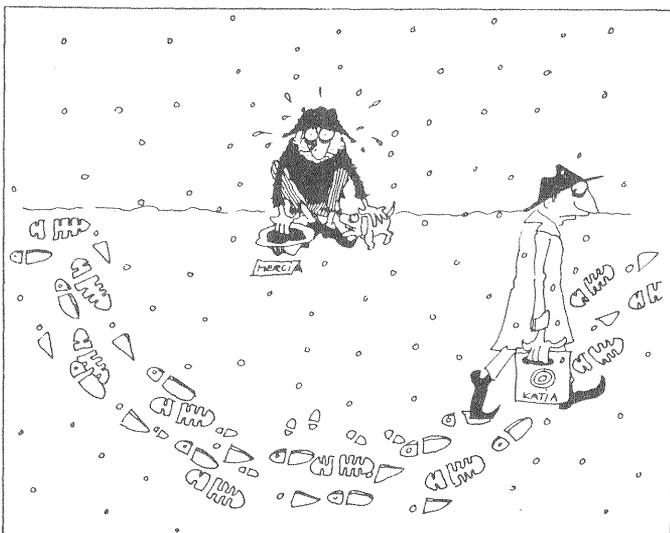
Unter 15 000 Franken ist eine Dreizimmerwohnung heute in der Hauptstadt und Umgebung nicht mehr zu erstehen. Kinder darf man dann keine haben. Im ersten Monat muß man aber häufig das Dreifache bereithalten: die erste Monatsmiete, eine Kautions in derselben Höhe und eine gleichhohe Kommission für den Wohnungsmakler. Wer diese hohe Summe nicht aufbringen kann, bleibt auf der Straße oder das Schuldenkarussell beginnt zu drehen, spätestens jetzt. Die Spirale in die absolute Armut wird oft nicht mehr zu stoppen sein.

Rund 50% des sozialen Mindestlohns werden demzufolge von den Mietkosten aufgezehrt, von Nebenkosten nicht zu sprechen. Für Empfänger eines "revenu minimum garanti" (RMG) sind das etwa 60-70% des Monatseinkommens. Die Sozialarbeiter rechnen denn auch mit der doppelten Zahl an potentiellen Obdachlosen, weil sie wissen, daß viele Familien die derzeitige, für ihr Einkommen zu hohe Miete nicht mehr lange werden zahlen können. Sie fordern eine Mietkostenzulage nach dem Beispiel der Heizkostenzulage, solange keine aktive Wohnungsbaupolitik die Mietpreise in den Griff bekommen hat.

Ein anderes Problem haben die Sozialarbeiter nach Einführung des RMG-Gesetzes entdeckt: Im Bahnhofsviertel sind in vielen (eher verlotterten) Hotels die Preise gestiegen, bis zu 10 000 F pro Monat für ein karges Zimmer. Hotelbesitzer sind die Nutznießer des gestiegenen Einkommens der RMG-Bezieher!

Arbeitsscheu und wanderfreudig?

Für Obdachlose hat das RMG-Gesetz auch nicht alle Probleme gelöst. 10 Jahre Wohnsitz in Luxemburg muß man nämlich nachweisen, um in seinen Genuß zu



kommen. Wie soll ein Obdachloser das bewerkstelligen? Ähnliches gilt für die Sozialhilfeempfänger bei den Gemeindebehörden. Laut Gesetz von 1897 über den "domicile de secours" ist jene Gemeinde für die Hilfe zuständig, wo der Hilfesuchende zuletzt während 4 Jahren gewohnt hat. Und so beginnt ein monatelanges Hin- und Herschieben der Verantwortung und Zuständigkeit, derweil der Arme auf Hilfe wartet ...

Ein typisches Beispiel:

Der ungelernete Arbeiter Franz P. war nach seiner Ehescheidung in eine möblierte Zweizimmerwohnung umgezogen. Als sein Betrieb auf moderne Maschinen umstellte, wurde er zusammen mit 15 Kollegen entlassen. Die Unterhaltszahlung an seine Familie und die Tilgung früherer Schulden hatten seine Arbeitslosenunterstützung schnell aufgezehrt. Er geriet mit seiner Wohnungsmiete in Rückstand und wurde auf die Straße gesetzt. Als alleinstehender Mann und ohne den Nachweis einer Arbeitsstelle war es für ihn unmöglich, eine neue Wohnung zu bekommen. Das Arbeitsamt vermittelte ihn nicht. Er wurde sozialhilfeabhängig und mußte sich für versicherungslose Gelegenheitsarbeiten zur Verfügung halten. Im Obdachlosenasyl hatte er es nicht ausgehalten. So blieb ihm nur noch die Straße, wo er sich ein chronisches Nierenleiden zuzog. Die alleinstehenden Wohnungslosen sind die Ärmsten der Armen in unserem reichen Land.

Wer die (hohen) Bedingungen des RMG-Gesetzes nicht erfüllt, hat kein Recht auf Hilfe. Die meisten Sozialämter, so berichten die Sozialhelfer, haben Angst, ihre Hilfe sei zwecklos, wirkungslos, riskiere für ewig gewährt werden zu müssen, ... , sehen im Hilfesuchenden einen Arbeitsscheuen, einen Schmarotzer, einen Alkoholiker, ... Such Dir erst mal eine ordentliche Arbeit, dann können wir dir helfen, lautet meistens der erste Bescheid. Daß Arbeitslosigkeit Ursache der Armut und der Obdachlosigkeit sein könnte, scheinen viele Beamten noch nicht begriffen zu haben.

Das RMG-Gesetz von 1986 hat die "bureaux de bienfaisance" zwar in "offices sociaux" umbenannt, doch an den andern Bestimmungen des Gesetzes aus den 1840er Jahren, wurde nichts geändert. Insbesondere wurde ihre Mission noch immer nicht definiert (vgl. "forum"-Sondernummer über Armut in Luxemburg, S. 29ff.), es geht nur von einer "obligation morale" die Rede. Diese moralische Verpflichtung, einem um Hilfe bittenden Armen ist, so E. Schauss, Leiter des "Foyer Ulysse", weiterhin dem Wohl- oder Schlechtwohlen eines Gemeindebeamten anheimgestellt. Durch einen solchen Gummiparagraphen werde der Mittellose in seiner Armutslage festgenagelt. Das reiche Luxemburg liegt damit 50 Jahre hinter seinem Wirtschaftspartner Belgien zurück, das seine Sozialhilfegesetzgebung seit 1830 mehrmals modernisiert hat, zuletzt in den 1970er Jahren, als es das Recht auf ein Existenzminimum einführte, dessen Zuerkennung weit weniger drastischen Bedingungen unterliegt als das RMG bei uns.

Ohne Wohnung keine Arbeit - ohne Arbeit keine Wohnung: dieser Teufelskreis ist bittere Wahrheit. Wer vermietet schon einem Arbeitslosen, vorausgesetzt, er könnte die Miete aufbringen? Wohnungseigentümer wollen Garantien sehen. Und wer stellt schon einen Arbeiter ein, der keine Adresse angeben kann? Arbeit bringt nicht nur das zum Lebensunterhalt notwendige Einkommen, sondern schafft auch soziale Beziehungen. Wer seine Arbeit verliert, verliert seine Kollegen. So wie man ohne Wohnung auch keine Nachbarn hat. Ein Arbeitsloser wird im wahrsten Sinn des Wortes ein "Asozialer". Er wird gemieden, verliert seine besten Freunde. Die Lebensmoral sinkt dann häufig auf einen solchen Tiefpunkt, daß der Mittellose sich selbst aufgibt. Ein ungepflegtes Äußeres bestätigt im nachhinein, was das Vorurteil erst geschaffen hat. Selbst minimale Schulkenntnisse wie Lesen und Schreiben gehen verloren, weil sie ja keinen Nutzen mehr haben.



à louer pour le 1^{er} janvier 1988 dans une résidence de haut standing 2 magnifiques appart.-duplex

1) compr. living av. terrasse plein sud, cuis. ent. équipée avec balcon, 4 ch. à c., 3 bains, WC sép., grenier, cave, garage cloisonné pour 2 voitures
Loyer: 42 000 F - Garage: 5 000 F

2) compr. living av. terrasse plein sud, cuis. ent. équipée. 2 ch. à c., 2 bains, WC sép., grenier, cave, parking
Loyer: 38 000 F - Parking: 2 000 F

Situation calme et très ensoleillée, mais centrale
Nouvel immeuble

1628 Luxembourg, 1. r. d. Glacis. t. 29621

Die Schuld an seiner Lage weisen viele dem Arbeitslosen zumindest teilweise auch persönlich zu. Aus einer objektiven Notlage, die einem menschenverachtenden Wirtschaftssystem zuzuschreiben ist, in dem Profit alleiniges Entscheidungskriterium ist, leiten sie eine moralische Minderwertigkeit ab. In unserer Gesellschaft zählt Leistung, Erfolg wird moralisch positiv geachtet. (Über wieviele Leichen der Weg zum Erfolg führte, wird geflissentlich übersehen.) Weil wir mehr besitzen, ist ja auch die Angst vor Einbruch und Diebstahl gestiegen, früher war sie nicht nötig. Die oben genannten Vorurteile und das an den Tag gelegte Mißtrauen sind demnach letzten Endes auch diesem Wirtschaftssystem zuzuschreiben.

Von der sozialen Verachtung ist der Schritt klein zur Diskriminierung. Arbeitslose finden keine Wohnung, gelten als Penner, Alkoholiker, ... Auch in Luxemburg greift die Polizei im Sommer Obdachlose regelmäßig auf und fährt sie ein paar Kilometer vor die Stadt, in den Baumbusch z. B., um sie dort wieder laufen zu lassen. Am Hauptpostamt am Bahnhof prangt ein großes Schild, der Zugang sei nur Kunden erlaubt. Das Beispiel der Eisenbahngesellschaft, die im vorigen Winter die Bahnhofshalle nachts für "Strummerten" geöffnet hielt, findet kaum Nachahmung.

Seit 1984 gibt es wohl das Übernachtungsheim "Foyer de nuit Ulysse" (geöffnet von 19-9 Uhr), eine Initiative der "Caritas". Der Staat brauchte eine ganze Weile, bis er zu - inzwischen recht substantiellen - finanziellen Beihilfen bereit war. Zuvor mußten zwei "Strummerten" erfroren aufgefunden werden. (Überhaupt hält die Regierung von den privaten Organisationen so wenig, daß die "Caritas", die einzige (kirchliche) Institution, die sich seit Jahren in diesem Bereich engagiert, weder ins Luxemburger Komitee für das UNO-Jahr der Obdachlosen aufgenommen noch zum Rundtischgespräch am 11.11.1987 eingeladen wurde.)

Pro Tag wird das "Foyer Ulysse" zur Zeit im Durchschnitt von über 50 Personen aufgesucht. Es ist längst zu klein, um alle aufzunehmen, obschon die "Nei Aarbecht" regelmäßig Leute übernimmt. Wie in den Kinderheimen will die Finanzinspektion den Bewohnern der Obdachlosenheime zudem ihr Einkommen (RMG) einziehen und nur ein Taschengeld von 400

Franken im Monat (!!)) auszahlen lassen. Gleichzeitig erwartet der Familienminister aber von den Heimen auch eine Resozialisierungsmission; sie sollen den Mittellosen auch helfen, ihre Autonomie in der Gesellschaft wiederzufinden. Ohne Geld?

1987 hat die "Caritas" auch eine Teestube für tagsüber geöffnet, dank der finanziellen Unterstützung durch mehrere katholische Kongregationen. Es glückte der "Caritas" auch, 7-9 Obdachlosen ein Zuhause und eine sinnvolle Arbeit auf einem gemieteten Bauernhof zu verschaffen. Teestube und Bauernhof sind nicht vom Staat subventioniert und gehen auf Initiativen der "Caritas"-Sozialhelfer zurück.

Daneben bietet das "Comité national de Défense sociale", dem die "Vollékskichen" untersteht, seit 1986 mit "Nei Aarbecht" eine einfallreiche Initiative auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung (Umzüge, Möbelinstandsetzungen, usw.), die den Obdachlosen Mahlzeiten, Krankenversicherung, Taschengeld, usw. vermittelt. Auch hier gewährt das Familienministerium teilweise Zuschüsse.

Viele der Obdachlosen leiden auch unter Rheuma, Magen- und Darmgeschwüren, offenen Wunden, Depressionen. Manche greifen sicher auch zur Flasche, um ihre Lage zu vergessen, aber nur 30% sind deutschen Erhebungen zufolge süchtig. Aber 80% der 1986 im "Foyer Ulysse" um Obdach Bittenden hatten keine Krankenversicherung. Die Türen der Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken, Entwöhnungsanstalten, ... öffnen sich ihnen meistens erst nach längeren Telefonaten über die Frage, wer denn die Kosten übernehme. Nicht- oder Schlecht-Behandlung vergrößert aber langfristig die sozialen Kosten der Krankheit dieser Menschen. Warum übernimmt nicht der "Fonds de solidarité nationale" die Kosten der sozialen Versicherung für nicht beitragspflichtige Bürger? Oder noch besser: Warum wird die Krankenversicherung nicht auf alle Personen ausgedehnt, die die RMG-Bedingungen nicht erfüllen? In Belgien geschieht das automatisch beim ersten Vorsprechen beim Sozialamt. Es würde in Luxemburg schätzungsweise rund 5 Millionen pro Jahr kosten (zum Vergleich: 1986 schloß das Sozialamt der Stadt Luxemburg mit einem Überschuß von 10 Millionen ab).

Offenbar gehen die meisten Politiker und Beamten davon aus, daß die Zahl der freiwilligen Arbeitslosen und Obdachlosen bei zu großzügig gewährter Hilfe steigen würde. Die Gefahr, daß allzuvielen unfreiwillige Opfer unseres Wirtschaftssystems durchs soziale Netz rutschen, kümmert sie nicht.

michel pauly (10.1.1988)

